



KT/05/2011

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 16.12.2011, 15:05 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier
Herr KTA Klaus Dera, 31592 Stolzenau
Herr KTA Bernd Brieber, 31595 Steyerberg
Herr KTA Manfred Sanftleben, 31582 Nienburg
Herr KTA Friedrich Andermann, 31634 Steimbke
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmсен
Frau KTA Dörthe Heuer, 31603 Diepenau
Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen
Herr KTA Rüdiger Kaltofen, 31604 Raddestorf
Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau
Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg
Herr KTA Dr. Frank Schmädеke, 31622 Heemsen
Frau KTA Tanja Schröder-Bohm, 31600 Uchte
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Hansjürgen Waering, 31595 Steyerberg
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg, ab 15:25 Uhr (ab TOP 5)
Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Frau KTA Insa Höltke, 31618 Liebenau

Frau KTA Barbara König-Meyer, 31609 Balge
 Herr KTA Heinz-Dieter Meinzen, 31628 Landesbergen
 Frau KTA Birgit Menzel, 31582 Nienburg
 Herr KTA Bernd Meyer, 27333 Schweringen
 Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg
 Herr KTA Dr. Arne Röhrs, 27318 Hilgermissen
 Herr KTA Heinz Schmidt, 27324 Hämelhausen
 Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald
 Herr stellv. Landrat Grant Hendrik Tonne, 31633 Leese
 Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Hartmut Waschke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte
 Herr KTA Günter Kesebom, 27324 Hassel
 Herr KTA Friedrich Leseberg, 31634 Steimbke
 Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg
 Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg
 Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau
 Frau KTA Christiane Bormann, 31582 Nienburg
 Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
 Frau KTA Nazli Pehlivan, 31600 Uchte

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein
 Herr Kreisrat Thomas Schwarz
 Frau Ilona Scheller, Gleichstellungsbeauftragte
 Herr KOAR Wilfried Imgarten, FB Finanzen
 Frau Christine Graubohm, Vorzimmer LR
 Herr KAR Torsten Röttschke, Büro des Landrates

als Stenotypistin
 als Protokollführer

Zuhörer

22 Zuhörerinnen und Zuhörer

Presse

Herr Stüben
 Herr Henschel

KT-Vors. Dera eröffnet um 15:05 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der heimischen Presse sowie die zahlreichen ehemaligen Kreistagsabgeordneten auf der Tribüne, stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

KTA Brunschön beantragt den Tagesordnungspunkt

„1. Änderungssatzung der Satzung über die Entschädigung der Kreistags-abgeordneten und sonstigen Ausschussmitglieder des Landkreises Nienburg/Weser vom 09. März 2007“

2011/068

von der Tagesordnung abzusetzen, da hier noch Beratungsbedarf bestehe.

Der Kreistag erklärt sich hiermit einverstanden.

Landrat Kohlmeier gibt zur Tötung an der 13jährigen Souzan am 5. Dezember in Stolzenau folgende Erklärung ab:

„Souzan war ein junges Mädchen, das im besten Sinne unseres Sprachgebrauches als gut integriert beschrieben werden kann. Seit Juli 2011 befand sie sich in der Obhut des Landkreises, auf eigenen Wunsch und im Einvernehmen mit den Eltern. Es ist der gesetzliche Auftrag der Jugendhilfe, Kinder und Jugendliche zu ihrem Wohl in Obhut zu nehmen, um sie zu schützen und auch wenn möglich, zu einem möglichen Wiederanfang, zu einem neuen, zu einem besseren Zusammenleben in ihrer Familie zu verhelfen. Tragischerweise und zur Erschütterung aller Beteiligten hat der Familienvater ausgerechnet das Zusammentreffen zu einem familientherapeutischen Gespräch für seine Bluttat ausgenutzt. Seine grausame Tat beweist, dass die Inobhutnahme von Souzan richtig war. Sie beweist aber auch, dass wir, dass unser Staat einen absoluten Schutz vor entfesselter Gewalt nicht garantieren kann. Der Fall „Souzan“ hat viele Facetten. Und auf die vielen Fragen, die sich daraus ergeben, gibt es nicht und wird es auch keine einfachen Antworten geben. Schon deshalb ist es nicht richtig, eine Volksgruppe oder Religionsgemeinschaft unter Generalverdacht zu stellen. Es ist aber auch nicht richtig, die Beteiligten, die aus ihrer jeweiligen Perspektive helfen wollen, zu diskreditieren oder ihnen die Kompetenz abzusprechen. Die Politik, unsere Gesellschaft, wir alle sind vielmehr gefordert. Wir müssen das Thema Integration deutlich stärker in den Mittelpunkt stellen, in den Mittelpunkt unserer gesellschaftlichen Diskussion. Es geht dabei um ein Bekenntnis zu unserer vielfältigen Gesellschaft, eben zu ihrer Vielfalt, es geht um Toleranz und es geht um Demokratie, aber es geht auch um die Werte, die unsere gesellschaftliche Grundordnung ausmachen. Der Landkreis Nienburg würde in einem vergleichbaren Fall erneut das Kind in Obhut nehmen und er würde auch erneut versuchen, den Weg für ein neues Zusammenleben in der Familie zu ermöglichen. Das ist unser gesetzlicher Auftrag und das ist unsere moralische Verpflichtung. Souzan war ein junges gut integriertes Mädchen und ihr Tod macht uns tief betroffen. Ich möchte Sie bitten, sich zu einer kurzen Schweigeminute zu erheben.“

KT-Vors. Dera stellt daraufhin die nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 04.11.2011
- TOP 2: 3. Änderungssatzung der Hauptsatzung des Landkreises Nienburg/Weser vom 31.10.2003
2011/069
- TOP 3: Fahrzeuge für den Kreisbrandmeister und die Brandabschnittsleiter sowie Anpassung der Satzung über die Entschädigung der Ehrenbeamten und sonstigen Inhaber eines Ehrenamtes
2011/059/1
- TOP 4: Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Taxenverkehr
2011/064
- TOP 5: Verwendung von Sondermitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) und ergänzende Leistungen aus dem Kreishaushalt
2011/023
- TOP 6: Verwendung von Sondermitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)
2011/031
- TOP 7: Zusammenlegung der Hauptschulen Eystrup und Hoya und Zusammenfassung mit der Realschule Hoya
2011/024/1
- TOP 8: Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und WG Landkreis Nienburg - Kooperation im Kreistag Nienburg/Weser; hier: Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule im Landkreis Nienburg/Weser
2011/084
- TOP 9: Benennung von Vertreterinnen/Vertretern für die III. Kurie der Hoya-Diepholz'schen Landschaft
2011/077/1

- TOP 10: Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Niedersächsischen Obergerichtes in Lüneburg für die Amtszeit vom 15. April 2012 bis 14. April 2017
2011/044/1
- TOP 11: Vertretung des Landkreises in der Landkreisversammlung des NLT
2011/074/1
- TOP 12: Entsendung von Vertreter/innen in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Nienburg/Weser GmbH
2011/083/1
- TOP 13: Annahme von Zuwendungen durch den Kreistag
2011/076/1
- TOP 14: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 14.1: Mitteilungen/Anfragen;
hier: Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Hähnchenschlachthof in Wietze, Landkreis Celle
- TOP 14.2: Mitteilungen/Anfragen;
hier: Anfrage DIE LINKE Nienburg/Weser zur Abschiebung der Familie Nguyen
- TOP 15: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat
gez. Dera	gez. Röttschke	gez. Kohlmeier
Kreistagsvorsitzender	Kreisamtsrat	Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

16.12.2011

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom
04.11.2011**

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt die Niederschrift aus seiner öffentlichen Sitzung vom
04.11.2011.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
--	--	----	------	------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2011/069

16.12.2011

3. Änderungssatzung der Hauptsatzung des Landkreises Nienburg/Weser vom 31.10.2003

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die 3. Änderungssatzung der Hauptsatzung des Landkreises Nienburg/Weser vom 31.10.2003 wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
--	--	----	------	------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 3

2011/059/1

16.12.2011

Fahrzeuge für den Kreisbrandmeister und die Brandabschnittsleiter sowie Anpassung der Satzung über die Entschädigung der Ehrenbeamten und sonstigen Inhaber eines Ehrenamtes

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

1.) Der Kreisbrandmeister und die Brandabschnittsleiter Nord und Süd erhalten Fahrzeuge zur dienstlichen Nutzung. Dem Kreisbrandmeister wird der Kommandowagen BMW-X3 zur dienstlichen Nutzung zugeordnet. Es werden die gebrauchten Ford-Focus Kombi als Fahrzeuge für die beiden Brandabschnittsleiter beschafft.

2.) Die Entschädigungssatzung wird wie folgt angepasst:

§ 1 (Abs. 1, Buchstabe a) Der Kreisbrandmeister erhält statt bisher 828 € monatlich neu 674 €.

§ 1 (Abs. 1, Buchstaben b und d) Die Brandabschnittsleiter erhalten statt bisher 450 € monatlich neu 296 €.

§ 1 (Abs. 1, Buchstabe i) Der Kreisjugendfeuerwehrwart erhält statt bisher 253 € monatlich neu 265 €.

§ 2 (Abs. 1, Buchstabe a) Der ABC-Zugführer erhält statt bisher 65 € monatlich neu 220 €.

/ Die Änderungssatzung ist als Anlage beigelegt.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
--	--	----	------	------------

Beratungsgang:

KTA Kesebom weist darauf hin, dass die Anschaffung der Gebrauchtfahrzeuge wirtschaftlich geboten sei. Sollten diese jedoch zu einem späteren Zeitpunkt ersetzt werden, sei hierfür eine erneute politische Beratung erforderlich.

KTA Hauschildt betont, dass die Beschlussfassung keine Grundsatzentscheidung sein könne. Sollte eine Ersatzbeschaffung notwendig werden, könnten dies nicht Neufahrzeuge sein.



Protokoll zu TOP 4

2011/064

16.12.2011

Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Taxenverkehr

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Verordnung zur Änderung der „Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen durch im Landkreis Nienburg/Weser ansässige Unternehmen vom 25.04.2008“ wird erlassen.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
--	--	----	------	------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 5

2011/023

16.12.2011

**Verwendung von Sondermitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)
und ergänzende Leistungen aus dem Kreishaushalt**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Sondermittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden in einer Größenordnung von jährlich bis zu 290.000 € für zusätzliche Schulsozialarbeit an den im Kreisgebiet befindlichen Hauptschulen, Oberschulen, Förderschulen Lernen und den BBS Nienburg eingesetzt. Die Gelder sind für einen Zeitraum von 3 Haushaltsjahren (2012 bis 2014) befristet zu verausgaben.

Zur Verbesserung der Hauptschulabschlussquote und der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen wird die Lernförderung an Schulen im Landkreis Nienburg/Weser intensiviert. Für die Lernförderung im Sekundarbereich I an Förderschulen Lernen, Hauptschulen und Oberschulen wird für die Haushaltsjahre 2012 bis 2014 aus Kreismitteln ein Volumen von bis zu 225.000 € jährlich für die Schülerinnen und Schüler bereitgestellt, die keinen Anspruch auf Lernförderung im Rahmen des Gutscheilverfahrens nach dem Bildungs- und Teilhabepaket besitzen.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
--	--	----	------	------------

Beratungsgang:

KTA Höltke betont, dass die Lernförderung für Schülerinnen und Schüler aus dem SEK-I-Bereich gut angelegtes Geld sei, um die Verbesserung der Hauptschulabschlussquote und die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen zu steigern. Jugendliche, die keinen Anspruch auf Förderung im Rahmen des Gutscheinerfahrens hätten, ermöglichten diese Gelder eine bessere Chance, einen Schul- oder Berufsabschluss zu erwerben und führe letztendlich zur Entlastung öffentlicher Gelder.

KTA Sanftleben hebt hervor, dass der Landkreis für die Lernförderung eigene Mittel bereitstelle. Er begrüße, dass der Kreistag damit fraktionsübergreifend Investitionen im Bildungsbereich tätige.

KTA Koch erwidert, dass seine Fraktion bereits in der vergangenen Wahlperiode sinnvolle Förderungen im Schulbereich mitgetragen und auf den Weg gebracht habe, z. B. bei der Bereitstellung von Mittel für Essensgutscheine.



Protokoll zu TOP 6

2011/031
16.12.2011

Verwendung von Sondermitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Sondermittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden u.a. dafür eingesetzt, die Schulsozialarbeit an den BBS Nienburg projektbezogen aufzustocken. Für einen Zeitraum von 3 Haushaltsjahren (2012 bis 2014) befristet wird eine zusätzliche Schulsozialarbeiterstelle geschaffen.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
--	--	----	------	------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 7

2011/024/1

16.12.2011

Zusammenlegung der Hauptschulen Eystrup und Hoya und Zusammenfassung mit der Realschule Hoya

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Hauptschule Hoya und der Hauptschulzweig der GHS Eystrup werden mit Ablauf des 31.07.2012 am Schulstandort Hoya zusammengelegt. Für die kommenden Schuljahrgänge 8, 9 und 10 der Hauptschule Eystrup gilt die Einschränkung, dass diese in Eystrup auslaufend weiterbeschult werden können, so dass mit Wirkung vom 01.08.2015 keine Hauptschulklasse mehr in Eystrup untergebracht sein wird.

Eine Genehmigung dieser Maßnahme ist gemäß § 106 Absätze 1 und 7 NSchG beim Land Niedersachsen zu beantragen.

In einem zweiten Schritt werden die Schulen Hauptschule Hoya und Realschule Hoya aufgefordert, die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren weiter zu intensivieren und bis zum 01.08.2015 ein gemeinsames pädagogisches Konzept zu erarbeiten.

Der Samtgemeinde Grafschaft Hoya als Träger des Organisationsteils Grundschule der GHS Eystrup wird empfohlen, Beschlüsse über die Verselbstständigung der Grundschule Eystrup zu fassen.

Beratungsergebnis:

<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja 38	Nein 2	Enthaltung 7
-------------------------------------	---	----------	-----------	-----------------

Beratungsgang:

KTA Koch erklärt, dass die Zusammenlegung der Hauptschulen ein deutliches Zeichen für den demografischen Wandel sei.

Es sei nicht zu vertreten, Hauptschulen mit sechs oder zehn Kindern weiterzuführen. Für den Schulstandort Hoya sei zu empfehlen, dass sich die Haupt- und Realschule zu einer Oberschule zusammenschließen würde. Dies sei mit Vorteilen für die Schüler und Lehrer verbunden.

KTA Brieber führt aus, dass der nun vorliegende Beschlussvorschlag hinsichtlich des weiteren Verfahrens der richtige Kompromiss sei, um ein langes „Sterben des Hauptschulzweiges Eystrup“ zu verhindern. Er bitte deshalb um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

KTA Bergmann-Kramer hebt hervor, dass die Zusammenlegung in Hoya grundsätzlich nachvollziehbar sei. Man hätte jedoch die 6. und 7. Klassen bis zum Ende in Eystrup beschulen lassen sollen. Er könne dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen.

KTA Werner betont, dass die Schließung von Schulen den Kreistag und seine Ausschüsse zukünftig intensiv beschäftigen werde. Es sei unstrittig, dass die Zahlen in Hoya und Eystrup auf eine Schließung hinausliefen. Allerdings würde auch die Einführung einer IGS zu Veränderungen bei den Schülerströmen führen. Es wäre daher wünschenswert gewesen, solchen Entscheidungen mehr Zeit einzuräumen, um zunächst eine Gesamtkonzeption zu erarbeiten.

KTA Kretschmer wirft ein, dass die Schließung der Hauptschule in Eystrup nicht nur Konsequenz des demographischen Wandels sondern auch der Schulpolitik auf Landesebene sei, die ausdrücklich an der Hauptschule festhalte. Man versuche hier eine Schulform zu erhalten, ohne eine Gesamtkonzeption zu haben. Auch das Schulkonzept für den Landkreis Nienburg sei nicht ganz ausgereift und mit der Stadt Nienburg abgestimmt.

KTA Brunschön betont, dass sich der Arbeitskreis Schule ein ganzes Jahr lang sehr intensiv mit der Schullandschaft im Landkreis befasst und Empfehlungen abgegeben habe. Der Problembereich Hoya/Eystrup sei dabei sehr intensiv aufgearbeitet und die Empfehlungen einstimmig verabschiedet worden. Von einer fehlenden Vorbereitung könne daher nicht gesprochen werden.

KTA Sanftleben bestätigt, dass es im Arbeitskreis aufgrund der dramatischen Schülerzahlen und trotz der zu Recht gelobten Arbeit der Schule Konsens gewesen sei, diese Schule zu schließen und in Hoya zusammenzuführen. Es wäre unredlich, jetzt nicht wie geplant umzusetzen, was in der alten Wahlperiode im Konsens erarbeitet worden sei.

Der Schritt, der jetzt zur Abstimmung stehe, sei der richtige. Es sei auch richtig, sich zu fragen, was im Weiteren mit der Kooperation der Hauptschule und der Realschule werde. Dabei müsse jedoch darauf Rücksicht genommen werden, was die Elternschaft und das Kollegium wünsche. Es dürfe daher keine voreiligen Festlegungen geben.

KTA Höltke erklärt, dass es kein Zweifel daran gebe, dass ein Gesamtkonzept erforderlich sei. Das könne jedoch Schulschließungen im Landkreis nicht verhindern. Der Kreistag habe eine Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wähler und dürfe Entscheidungen nicht hinauszögern.

KTA Werner erwidert, dass Akzeptanz in der Bevölkerung und in den Gemeinden nur über eine Gesamtkonzeption erreicht werden könne, die Alternativen und Möglichkeiten der Kompensation aufweise und die schulische Qualität verbessere.



Protokoll zu TOP 8

2011/084

16.12.2011

**Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und WG Landkreis
Nienburg - Kooperation im Kreistag Nienburg/Weser;
hier: Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule im Landkreis
Nienburg/Weser**

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Erweiterung des schulischen Angebots im Landkreis Nienburg um eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in Trägerschaft des Landkreises umgehend einzuleiten.

Der Ablauf der Elternbefragung, der Inhalt der Elternbefragung sowie die sich für den Landkreis Nienburg daraus ergebenden Konsequenzen sind im Ausschuss für allgemein bildenden Schulen vorzubereiten.

Ein Antrag beim Land Niedersachsen nach positivem Ergebnis einer Elternbefragung ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu stellen.

Beratungsergebnis:

<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja 30	Nein 17	Enthaltung
-------------------------------------	---	----------	------------	------------

Beratungsgang:

KTA Brunschön führt aus, dass gute Bildung Dreh- und Angelpunkt für einen zukunftsfähigen Landkreis Nienburg sei. Der Landkreis stehe als Bildungsakteur in der Verantwortung, die Vielfalt der Bildungsanbieter und -angebote zu moderieren und zielgerichtet zu steuern.

Dazu gehöre u.a. die Einrichtung des Bildungsbüros, die Neuordnung der Schullandschaft und die gezielte Förderung von Bildungsschwachen. Die Einrichtung einer IGS sei 2009 mit der damaligen Kreistagsmehrheit der CDU abgelehnt worden. Vorausgegangen sei dem eine ausführliche Diskussion in allen Gremien des Kreistages sowie in der Öffentlichkeit. Allein die SPD habe fünf große öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Ebenso habe die Initiative Pro IGS bis heute regelmäßig Veranstaltungen angeboten.

Die Durchführung einer Elternbefragung zur Einführung einer IGS im Landkreis Nienburg sei das zentrale Wahlkampfthema der Kommunalwahl gewesen. Mit der heutigen Entscheidung wolle seine Fraktion ihr Wahlversprechen einlösen und die Eltern entscheiden lassen, ob als Ergänzung zum dreigliedrigen Schulsystem eine IGS für den Landkreis Nienburg geschaffen werden solle. Er sei überzeugt davon, dass die IGS eine Bereicherung der bestehenden Schullandschaft darstelle. Die vom Land eingeführte Oberschule hingegen überzeuge als Schulform nicht.

Bei der Durchführung der Elternbefragung gehe es darum, im Landkreis Nienburg eine Schulform IGS zu installieren, die sich anerkanntermaßen bewährt habe und von Eltern stark nachgefragt werde, weil sie die Option für das Abitur möglichst lange für ihre Kinder erhalten wollten.

Im Umfeld des Landkreises seien zahlreiche Integrierte Gesamtschulen entstanden. Im Landkreis Nienburg habe jedoch über Jahre Stillstand geherrscht, da die bisherige Mehrheit die Dreigliedrigkeit habe konservieren wollen. Sie habe dabei die Anträge von drei Kommunen auf Einrichtung einer IGS, die Interessen der Stadt Nienburg, 3.400 Unterschriften von Bürgern dieses Landkreises, die sich für eine Elternbefragung ausgesprochen hatten, und den ausdrücklichen Willen des Kreiselternrates nicht beachtet.

Mit der heutigen Entscheidung wolle die Kooperation den Landkreis Nienburg als bildungspolitisch schwarzen Fleck von der Landkarte löschen. Eine sachgerechte Vorbereitung in den Fachausschüssen oder die weitere Diskussion in der Öffentlichkeit werde mit dem Beschluss nicht verhindert. Vielmehr überlasse man die letzte Entscheidung den Eltern. Er bitte dem Antrag zuzustimmen.

KTA Koch betont, es sei gemeinsames Bestreben, den Landkreis Nienburg voran zu bringen und eine vernünftige Bildungslandschaft zu entwickeln. Seine Fraktion hätte es jedoch begrüßt, wenn sich der Fachausschuss des neuen Kreistages mit der IGS noch einmal befasst hätte.

Die Schullandschaft habe sich in den letzten zwei Jahren wesentlich verbessert. Die Leistungen in der Oberschule seien wesentlich besser, als in den vorherigen Einzelschulen. Daneben könnten die Schüler weiterhin wohnortnah beschult werden. Es gebe mehr Lehrerstunden, Ganztagschulen, Mensen und im Kreis verteilt vernünftige Gymnasien.

Im Landkreis Nienburg sei trotz schwieriger Finanzlagen viel Geld in die Schulen investiert worden.

In einer Zeit, wo die Schülerzahlen um 1/3 sinken würden, verschärfe sich die Situation, wenn noch eine zusätzliche Schule eingeführt werde. Für die CDU seien nicht nur das räumliche Problem und die damit verbundenen hohen Investitionskosten ein Grund der Ablehnung, sondern auch die Überzeugung, dass die vorhandenen Schulen eine hervorragende Ausbildung bieten und den Schülern den Weg von der Oberschule zum Gymnasium offen lassen würden.

Die vom Gesetzgeber geforderte Fünzfügigkeit für eine IGS erfordere, dass ungefähr 13 % der Schüler diese Schule besuchten. Für die anderen 87 % bedeute dies aufgrund von nötigen Schulschließungen weitere Entfernungen.

Wenn die Mehrheit jetzt die Elternbefragung zur IGS beschließe, dann müsse sie auch den Eltern klar sagen, welche Nachteile die Schüler in Kauf nehmen müssten, die nicht zu einer IGS gehen könnten oder wollten.

Sie müsse den Bürgern in den Gemeinden auch klar sagen, dass sie durch zusätzliche Schulformen ihre Schule in der Gemeinde verlieren würden und sie müsse deutlich sagen, wo eine IGS eingerichtet werden solle und welche Standorte geschlossen werden sollten.

Die Mehrheit solle außerdem erklären, ob die Stadt in das ganze Konzept miteinbezogen werde und wie hoch die Kosten für eine IGS seien.

Seine Fraktion lehne die IGS weiterhin ab.

KTA Werner stellt heraus, dass sich die F.D.P.-Fraktion vor der Kommunalwahl klar für eine Elternbefragung ausgesprochen habe, da sie die Vielfalt des schulischen Angebotes begrüße. Es gebe Schüler, die gut in der IGS aufgehoben seien. Sie gehöre zu einer breiten und vielfältigen Bildungslandschaft Mittelweser, sofern dies die Eltern mit Mehrheit wollten.

Mit Blick auf das weitere Vorgehen beantrage er, im Anschluss an den ersten Satz aufzunehmen:

„Der Ablauf der Elternbefragung, der Inhalt der Elternbefragung sowie die sich für den Landkreis Nienburg daraus ergebenden Konsequenzen sind im Ausschuss für allgemein bildenden Schulen vorzubereiten.“

Dies sei aus seiner Sicht sinnvoll, da in diesem Ausschuss die Vertreter der Schüler, Eltern und Lehrer eingebunden seien. Die beantragte Klarstellung unterstreiche eine offene Diskussion, die Transparenz und Akzeptanz schaffen könne.

KTA Dr. Röhrs betont, dass die Erarbeitung von Konzepten eine gewissenhafte Vorbereitung und Zeit brauche.

Bedauerlicherweise seien im Kreistag die pädagogischen Vorteile einer IGS bisher nicht diskutiert worden. Dies sollte in den Schulausschusssitzungen zwingend nachgeholt werden, um die Bereicherung der Schullandschaft herauszustellen.

KTA Leseberg führt aus, dass die Wählergemeinschaft vor zwei Jahren der IGS ablehnend gegenübergestanden habe. Zwischenzeitlich hätten sich jedoch neue Erkenntnisse und eine andere Zusammensetzung der Fraktion ergeben. Die Wählergemeinschaft spreche sich heute klar für eine Befragung der Eltern aus. Diese würden entscheiden, ob eine IGS eingerichtet würde oder nicht. Dies sei ein höchst demokratischer Vorgang.

Der Beschluss sei ein Auftrag an die Verwaltung, das Thema IGS noch einmal aufzuarbeiten und in allen dafür zur Verfügung stehenden Gremien vorzubereiten, bevor die Befragung der Eltern stattfinde. Dabei müssten Aussagen zu den Folgen für die Schulstandorte und die Kosten gemacht werden. Die Wählergemeinschaft erwarte eine saubere Vorbereitung der Befragung, damit deren Ergebnis akzeptiert werde.

KTA Kretschmer betont, dass die Schulform IGS eine berechtigte Existenz im Landkreis habe und die Eltern diese als Ergänzung begrüßen würden. Die Fragen der CDU-Fraktion bedürften der Beantwortung, sie sollte jedoch nicht genutzt werden, um Angst zu schüren.

KTA Sanftleben hebt hervor, dass trotz ihrer Vielfalt noch immer eine große Lücke in der Bildungslandschaft des Landkreises klaffe. Es müsse den Eltern eine Wahlmöglichkeit eröffnet werden. Diese gehe nicht zwingend zu Lasten von vorhandenen Gymnasien oder anderen Einrichtungen. Vielmehr könne die IGS die Raumsituation und die Klassengrößen an den Schulen entspannen.

Den Eltern, die später zur Befragung aufgerufen seien, könne nur dringend empfohlen werden, sich gut zu informieren, damit sie wüssten worum es gehe.

KTA Brieber greift den Antrag von KTA Werner auf und stellt heraus, dass die Befassung des Fachausschusses eine Selbstverständlichkeit sei. Seine Fraktion könne den Ergänzungsantrag daher akzeptieren.

KTA Heineking hebt hervor, dass die Landesregierung in den letzten fünf Jahren so viele Integrierte Gesamtschulen im Land Niedersachsen zugelassen habe wie kein anders Land zuvor. Die Fünfüzigkeit sei keine Hürde, die eine IGS verhindern sondern eine vernünftige Qualität der Oberstufe sichern solle. Der Landkreis Nienburg unterscheide sich erheblich von anderen Regionen, weil er ein Flächenlandkreis sei, der verhältnismäßig wenig Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Kommunen aufweise. Seiner Fraktion sei es wichtig gewesen, dass jede Samtgemeinde, Einheitsgemeinde oder Stadt ein Schulangebot für den Sek-I-Bereich habe.

Das Ziel einer wohnortnahen Beschulung sei durch die Oberschulen zu erreichen. Die erfolgreiche Arbeit der Gymnasien bliebe dabei unangetastet.

Die Oberschulen würden zudem die Möglichkeit bieten, die Kooperationen mit den Berufsbildenden Schulen und das Modell Hauptschule plus zu erhalten.

Eine zusätzliche IGS bei deutlich sinkenden Schülerzahlen werde zu Veränderungen in der Fläche führen, die seine Fraktion nicht unterstütze.

KTA Cunow führt aus, dass eine Integrierte Gesamtschule die Chance bieten könne, Schüler besser zu fördern und zu einem Schulabschluss zu verhelfen. Daher stimme er der Elternbefragung zu. Es sei jedoch abzuwarten, wie die Elternbefragung ausfalle und wie eine ggf. entstehende IGS ausgestaltet werde.

KTA Sieling erklärt, dass er dem Antrag zustimmen werde, da für ihn die Elternbefragung im Vordergrund stehe.

KTA Dr. Röhrs betont nochmals, Ziel müsse es sein, möglichst viele Kinder zu einem möglichst hochwertigen Bildungsabschluss zu verhelfen. Bisher gebe es im Landkreis eine Lücke, die einigen Kindern die Möglichkeit verwehre, den bestmöglichen Bildungsabschluss zu erzielen.

KTA Heuer bezweifelt, dass die Bevölkerung der Einrichtung einer IGS zustimmen werde. Bei einer repräsentativen Befragung der Eltern könne das Bild auch anders aussehen, da viele nicht bereit seien, die damit verbundenen Nachteile zu akzeptieren.

KT-Vorsitzender Dera ruft zur Abstimmung über den o. g. Änderungsantrag von KTA Werner auf. Der Antrag wird mit 26 Ja- und 17 Nein-Stimmen sowie 4 Enthaltungen angenommen.



Protokoll zu TOP 9

2011/077/1

16.12.2011

Benennung von Vertreterinnen/Vertretern für die III. Kurie der Hoya-Diepholz'schen Landschaft

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

In die III. Kurie der Hoya-Diepholz'schen Landschaft werden gewählt:

Für den Altkreis Hoya: Die Abgeordneten Dr. Arne Röhrs, Hilgermissen, und Wilhelm Bergmann-Kramer, Eystrup, sowie als Stellvertreter der Abgeordnete Günter Kesebom, Hassel, und Johann Hustedt, Hilgermissen.

Für den Altkreis Nienburg: Der Abgeordnete Friedrich Sieling, Wietzen, und als Stellvertreter der Abgeordnete Alfred Plate, Liebenau.

Für den Altkreis Stolzenau: Der Abgeordnete Jens Beckmeyer, Stolzenau, Heinrich Stellhorn, Raddestorf, und Andreas Meyer, Wellie, sowie als Stellvertreter Henning Evers, Landesbergen, und Otto Niemeyer, Uchte.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung 3
--	--	----	------	-----------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 10

2011/044/1

16.12.2011

**Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Niedersächsischen
Oberverwaltungsgerichtes in Lüneburg für die Amtszeit vom 15. April 2012 bis
14. April 2017**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg werden

- Frau Elisabeth Kurowski, Schweringen,
- Herr Frank Böselmann, Nienburg
- Herr Hans-Jürgen Thielking, Stolzenau, und
- Herr Heinz-Friedel Bomhoff, Liebenau,

als ehrenamtliche Richterinnen und Richter zur Wahl vorgeschlagen.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung 1
--	--	----	------	-----------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 11

2011/074/1

16.12.2011

Vertretung des Landkreises in der Landkreisversammlung des NLT

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Als Mitglied der Landkreisversammlung wird der Abgeordnete Brunschön und als dessen Stellvertreter der Abgeordnete Warnecke bestimmt.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung 2
--	--	----	------	-----------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 12

2011/083/1

16.12.2011

Entsendung von Vertreter/innen in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Nienburg/Weser GmbH

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

In die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Nienburg/Weser GmbH werden als Vertreter die Abgeordneten Briber und Hauschildt und als deren Stellvertreter die Abgeordneten Paczkowski und Dr. Schmädeke entsandt.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung 2
--	--	----	------	-----------------

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 13

2011/076/1
16.12.2011

Annahme von Zuwendungen durch den Kreistag

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die in Aussicht gestellten Zuwendungen werden angenommen.

Beratungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
--	--	----	------	------------

Beratungsgang:

KOAR Imgarten gibt bekannt, dass die für den Förderverein GOBS Heemsen anzunehmende Sachspende durch weitere Sportartikel für den Unterricht auf einen Wert in Höhe von 4.746,97 € gestiegen sei.



Protokoll zu TOP 14.1

16.12.2011

Mitteilungen/Anfragen;

**hier: Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
Hähnenschlachthof in Wietze, Landkreis Celle**

Beratungsgang:

Die Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Hähnchen-
/ schlachthof in Wietze, Landkreis Celle, vom 05.11.2011 ist als Anlage 1 beigefügt.

Kreisrat Schwarz beantwortet die Anfrage der Fraktion entsprechend der beigefügten
/ Anlage 2.



Protokoll zu TOP 14.2

16.12.2011

Mitteilungen/Anfragen;
hier: Anfrage DIE LINKE Nienburg/Weser zur Abschiebung der Familie Nguyen

Beratungsgang:

Die Anfrage der Abgeordneten Kretschmer, DIE LINKE Nienburg/Weser, zur Abschiebung der Familie Nguyen, Hoya, vom 07.12.2011 ist als Anlage 1 beigefügt.
/

Erster Kreisrat Klein beantwortet die Anfrage der Abgeordneten Kretschmer entsprechend der beigefügten Anlage 2.
/



Protokoll zu TOP 15

16.12.2011

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.